„Angebot zum Dialog steht nach wie vor“

Bürgerinitiative rüstet unterdessen auf

LANDKREIS ▪ Enttäuscht zeigten sich Wilfried Papenhusen und Uwe Behrens, dass Landrat Frank Eger der Einladung zur Pressekonferenz (siehe Aufmacher) von „Bündnis MUT“ nicht gefolgt war. „Wir hatten uns eine sachliche Diskussion erhofft“, betonten die Bündnis-Mitglieder.

Das Angebot zum Dialog stehe nach wie vor. Darüber hinaus wolle man auch weiter die Öffentlichkeit suchen. „Als Bürgerinitiative ist es für uns ohne Klagerecht sehr schwer, gegen konkrete Genehmigungen von Tiermastställen vorzugehen“, erläuterte Papenhusen. Eine große Hürde stelle der finanzielle Rahmen dar. „Allerdings sind wir mittlerweile so gut mit anderen Organisationen vernetzt, dass wir einen Weg finden werden.“

Auch habe man aus Fehlern der Vergangenheit gelernt. Er denke da zum Beispiel an den Fall eines Hähnchenmaststalls in Bissel. „Bündnis MUT“ habe gegen den Antrag des Investoren Widerspruch eingelegt. Dieser sei vom Landkreis auch zunächst akzeptiert worden. „Wir haben sogar eine Empfangsbestätigung erhalten“, berichtete Papenhusen. Unmittelbar mit Ablauf der Frist habe der Landkreis dann mitgeteilt, dass „Bündnis MUT“ entgegen der ersten Annahme doch nicht zum Widerspruch berechtigt sei. Ob da nun Absicht hinter stecke, sei nicht zu belegen. „Sicher ist aber, dass wir wegen der abgelaufenen Frist keine Möglichkeit hatten, noch an eine andere Organisation mit Widerspruchsrecht heranzutreten“, so Papenhusen.

Das Einlegen eines Widerspruchs sei kostenpflichtig. Bei Ablehnung entstünden Kosten in Höhe von etwa 300 bis 600 Euro. Wie Knut Haverkamp, ein von „Bündnis MUT“ beauftragter Sachverständiger, hinzufügte, sei die Kostenhöhe im Fall einer Klage noch deutlich höher. „Erstinstanzlich fallen schon 5 000 bis 10 000 Euro an.“

Vor derartigen Summen schrecken auch die Partnerorganisationen von „Bündnis MUT“ zurück. Schon vor einigen Wochen hatte Wilfried Papenhusen angekündigt: „Wir müssen eine Kriegskasse anlegen.“ ▪ **js**